

## Deutschland.

**Berlin, 1. Dezember.** Sr. Majestät der König ist gestern Abends mit Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen und dem bekannten Gefolge im erwünschten Wohlsein mittelst Extrazuges von dem Großherzoglichen Hofe zu Dessau nach Berlin zurückgekehrt.

— 3. Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin traf gestern Nachmittags mit den Kindern von Potsdam hier ein und empfing bald darauf den Besuch der Frau Prinzessin Carl, welche zuvor die eroberten Fahnen und Standarten in Augenschein genommen hatte, die gegenwärtig im Zimmer Sr. Majestät des Königs im hiesigen Palais aufgestellt sind. Wie es heißt, sollen diese Trophäen nach der Garnisonkirche in Potsdam gebracht und dort, neben den Trophäen Friedrichs des Großen aus dem siebenjährigen Kriege, an den Säulen für alle Zeiten aufgehängt werden.

— Der Prinz von Wales und der württembergische Divisions-General, Prinz Herrmann zu Sachsen-Weimar-Eisenach sind heute früh von Petersburg, woselbst sie bekanntlich den Vermählungsfeierlichkeiten beigewohnt haben, auf der Rückreise hier eingetroffen. Der Prinz von Wales ist, wie schon mitgeteilt, Gast der Kronprinzlichen Herrschaften; im hiesigen königlichen Schlosse sind dagegen abgesehen von dem Prinz Herrmann zu Sachsen-Weimar-Eisenach mit seinen Adjutanten und den Begleitern des Prinzen von Wales, Lord Frederik Paulet, Marquis of Blandford, Viscount Hamilton, Major Piesdale, Kapitän Ellis und Honorable Harry Bourke. — Dem Vernehmen nach wird auch der Kronprinz von Dänemark auf der Rückreise von Petersburg nach Kopenhagen dem königlichen Hof einen kurzen Besuch machen.

— Die „Zeitl. Kor.“ schreibt: Die Haltung des Dresdener Hofes kann nur Befriedigung erregen. Er bestrebt sich in loyalster Weise den aus dem Friedensvertrage entspringenden Verpflichtungen nachzukommen und diejenigen herzlichen Beziehungen zu Preußen herzustellen, welche der Position Sachsens im norddeutschen Bunde entsprechen. Ein weniger günstiges Zeugnis ist den in Darmstadt herrschenden Stimmungen zu erteilen. Doch mag man dort versichert sein, daß Preußen mit einer Gewissenhaftigkeit, die es den Bundesgenossen schuldig ist, die Einhaltung der Verbindlichkeiten, die das Großherzogthum in Betreff Oberhessens übernommen hat, kontrolliren wird.

— Am 28. d. M. Abends wurde in Schwedt dem zum Besuche bei dem General-Lieutenant Herman dort anwesenden General Steinmeyer eine glänzende Ovation gebracht.

— Die liberale Partei in Nassau hat als Kandidaten für den norddeutschen Reichstag die Herren Oberprokurator Braun in Wiesbaden, Professor Dr. Virchow und Professor Dr. Oneist in Berlin aufgestellt.

— Der „Staatsanzeiger“ enthält heute eine Königl. Verordnung vom 14. v. M., betreffend die Einführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 in den Landestheilen, welche durch das Gesetz vom 20. September 1866 der preussischen Monarchie einverleibt worden sind. Ferner wird eine Königl. Verordnung vom 19. v. M. mitgeteilt, die Einführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 im Landgebiete betreffend.

— Der interimistische diplomatische Bevollmächtigte in Dresden, v. Wurmb, welcher am Donnerstag Abend hier eingetroffen ist, wurde im Laufe des gestrigen Tages von dem Unterstaatssekretär v. Hille und dem Geheimrath v. Savigny empfangen. — Der Civil-Kommissarius in Hannover, Geh. Regierungsrath v. Hardenberg, begab sich Abends in das Hotel des Finanzministers.

— Nach dem dänischen Kriege hatte sich der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten an das Kriegs-Ministerium gewendet, um von demselben nähere Mittheilungen über die während des letzten Krieges gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Ausdauer der Militärpferde zu erhalten. Es war die bezügliche Auskunft besonders darum von Interesse für die inländische Pferdebeziehung, weil die Mehrzahl der Dienstpferde theils unmittelbar, theils mittelbar aus den Landestheilen herkommen. Die darauf von dem Kriegs-Departement dem landwirthschaftlichen Ministerium gemachten Mittheilungen wurden von diesem sehr beachtenswerth gefunden und haben Veranlassung gegeben, daß ein gleiches Erfuchen auch nach Beendigung des diesjährigen Krieges an das betreffende Departement gerichtet worden ist. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sind natürlich auf diesem Gebiet viel umfassender gewesen, als in dem Kriege gegen Dänemark, da an dem letzten Feldzuge die ganze Kavallerie und der größere Theil der Artillerie betheiligt und die Militärbehörden daher in der Lage waren, die verschiedene Leistungsfähigkeit der Dienstpferde nach allen Richtungen hin zu prüfen und zu beurtheilen.

— Die Nachricht, die Staatsregierung lasse einen Gesetzentwurf ausarbeiten, auf Grund dessen fortan die Branntweinsteuer nicht mehr als Malzsteuer von den Erzeugern erhoben, sondern in eine Fabriksteuer umgewandelt werden sollte, ist nach der „Köln. Ztg.“ nicht begründet. Es sind in den betheiligten Ministerien noch gar keine Vorarbeiten gemacht.

— Nach dem „Rhein. Kur.“ beabsichtigt die Stadt Koblenz dem Kriegsminister v. Roon das Ehrenbürgerrecht zu überreichen, und wird sich eine Deputation von einigen Räten der Stadt noch in dieser Woche nach Wiesbaden begeben, wo der Kriegsminister augenblicklich weilte.

— Der Minister des königlichen Hauses, Freiherr v. Schleinitz, hat sich nach Dessau begeben.

— Der Civil-Kommissarius Landrath v. Madai wird schon in einigen Tagen auf seinen Posten nach Frankfurt a. M. zurückkehren, um bei der dort am 5. Dezember d. J. stattfindenden ersten Militär-Aushebung persönlich zugegen zu sein.

**Berlin, 30. November.** (Abgeordnetenhaus. Schluß der 34. Sitzung aus dem heutigen Morgenblatt.) Abg. Dr. Waldeck: Der Herr Justizminister hat die Angriffe des Abg. Lasker unter Berufung auf die Entscheidung jener Beschlüsse zurückgewiesen. In solchen Rechtsfragen ist das Wort des Justizministers das rechtliche Gewissen des Ministeriums und deshalb müssen wir es vor unser Forum ziehen. Jene traurigen Zeiten des Konflikts sind für das Volk nicht traurig gewesen. Ich will vom objektiven Standpunkt sprechen. Die Justiz soll keine Quelle der Einnahme sein. Redner hebt die bedeutenden Kosten der höheren Instanzen, die Verlängerung der Haft in Haftfällen hervor. Sind diese Uebelstände beseitigt, wird der Staatsanwalt die Stelle einnehmen, die er einnehmen soll, er wird aufhören, ein Mann der Verfolgung und ein Mann der Regierung zu sein. Die Würde des Richters darf nicht verloren gehen. Dies wird Alles nur durch die Herstellung der Geschworenengerichte in politischen Prozessen erreicht werden. Sorgen wir dafür, daß wir nicht vor der hannoverschen und hessischen Justiz erröthen müssen. Es ist das Interesse aller Parteien, daß die Justiz gerecht gehandelt und der Richterstand als unabhängiger und gewissenstreuer erhalten werde. Wenn aber etwas geschehen soll, müssen wir gar nicht lächeln und bald handeln. — Abg. Hauschild. (Für die Regierungsvorlage — schwer verständlich.) Die Verhältnisse ruhig und objektiv beurtheilen und nicht mit Leidenschaft an sie herantreten ist unbedingt notwendig. Eine langjährige Beschäftigung bei der Staatsanwaltschaft setzt mich in den Stand, ebenfalls ein Urtheil über dieses Institut abzugeben. Auch ich bin der Ansicht, daß die Staatsregierung ihm ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß. Ich meine, es ist die Aufgabe der Staatsregierung, die Unabhängigkeit des preussischen Richterstandes zu wahren, und das kann auch nur dadurch erreicht werden, wenn man die Justiz von der Verwaltung trennt; nur dadurch wird es möglich, die Richter zu vermindern und den wirklich bestehenden Mängeln abzuheben. Die rheinische Justiz-Versammlung hat sich in Preußen weit länger und besser behauptet, als in Hannover. Die Kosten-Verminderung bei der rheinischen Justiz-Verwaltung etwa 6 Sgr. und bei den östlichen Provinzen etwa 20 Sgr. pro Kopf (links: Hört! Hört!). Es wird uns und dem Lande zu großer Veruhigung dienen, wenn die Regierung die Erklärung abgeben wollte, daß sie die Reorganisation unseres Justizwesens vorbereitet und namentlich dabei die Unabhängigkeit des Richterstandes wahren will. — Abg. Pesse: Ich will namentlich auf die Handelsgerichte hinweisen und den Herrn Justizminister ersuchen, ihnen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und den Wünschen der Handelswelt Gehör zu schenken. Die Gerichte müssen zu solchen Sachen so wenig als möglich herangezogen und nur zum wirklichen Rechtsprechen verwendet werden; dann ist es auch möglich, die Verminderung des Richterstandes herbeizuführen. Redner bittet schließlich um Freigabe der Advokatur. — Abg. Holzappel. Was wir hier gehört, zu widerlegen, wird Niemand von uns verlangen, es war nicht sachlicher, sondern persönlicher Natur. Ich habe mir nur das Wort erlaubt, um zu erklären, daß ich den Äußerungen des Abg. Lasker dem Wesen nach nicht zustimmen kann, der Form nach sie aber mit Unterstützung verwerfe (Bewegung). — Abg. Lent. Bei dem jetzigen System unserer Regierung kann man gegen das Justizwesen nicht anders sprechen, als die Sache mit den Personen zu verbinden. — Abg. Wagener (Meinung). Ich möchte Sie doch fragen, ob die Tonart, die Sie hier seit einigen Tagen anschlagen, etwa die praktische Auslegung der Verfassungstheorie und der Indemnität ist? Ich freue mich Ihrer Äußerungen, denn Sie deconvuliren dadurch ihren Standpunkt, und ich kann dem Herrn Justizminister nur dazu gratuliren, derartige Äußerungen herbeizuführen zu haben. Auch ich kann dem Töne des Abgeordneten Lasker nicht zustimmen, indem ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Herr Lasker sich selbst entschuldigt hat, indem er auf die mangelhafte Ausbildung der Richter hingewiesen hat (Bewegung). Auch ich bin für Organisation unseres Justizwesens, und ich hoffe, das es geschehen wird, den Widerstand der Richterkollegien zu brechen, der bisher einer Reorganisation des Justizwesens hinderlich war. Der Herr Abg. Lasker hat von dem diamantenen Charakter der Richter gesprochen. Solche Männer kenne ich nur zwei, aber sie sitzen nicht auf jener Seite des Hauses. Die Fortschrittspartei ist in diesem Jahre bereits einmal geschlagen worden, wir hoffen, es wird auch noch ferner geschehen. Abg. v. Gerlach: Ich habe mich gegen die Regierungsvorlage eintragen lassen, und zwar aus dem Grunde, weil ich der Meinung bin, wenn unsere Richter wie heute Herr Lasker es that, es wagen ihrem Chef solche Sachen ins Gesicht zu sagen, daß es dem Herrn Justizminister noch nicht gelungen ist, durch Disziplinär- und andere Strafverfahren und Mittel, seine Beamten zu beherrschen; ich kann deshalb den Herrn Minister nicht für entschuldigbar erachten, denn er hat seine Macht nicht stark genug gebraucht. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Lasker will dem Abg. Wagener nicht antworten weil er sonst in denselben Ton verfallen müßte, wie sein Freund v. Gerlach. — Abg. Ewesten. Er müsse Herrn v. Gerlach antworten, daß er bereits hinlänglich berücksichtigt und trotz Amnestie und Indemnität eine neue Untersuchung gegen ihn eingeleitet sei. Er werde aber allen Bemühungen des Ministers und Erkenntnissen des Gerichts mit der vollsten Gleichgültigkeit gegenüber treten. Justizminister Graf z. Lippe. Das Verfahren gegen Herrn Ewesten hat schon vor der Amnestie geschwebt.

Abgeordneter Waldeck: Auch meiner ist gedacht worden; ich erinnere nur an das, was mir die Partei des Herrn von Gerlach eingerührt. Ich verachte derartige Denunziationen. — Abgeordneter von Gerlach erklärt, daß er jetzt für die Regierungsvorlage stimmen werde. — Bei der Spezialdiskussion wird der Antrag Virchow wegen der Auslegung der Verfassung der Gerichtskosten bis nach Entscheidung des vorliegenden Gesetzes abgelehnt. Bei den Ausgaben ergreift der Abgeordnete Ewesten das Wort, um die Einstellung von Hilfsrichtern als verfassungswidrig zu bezeichnen. Er nehme Abstand davon, einen Antrag zu stellen, um die Richterstellen nicht noch mehr zu vermehren. Der Justizminister erklärt, daß seit 1863 keine ständigen Hilfsrichter beim Obergericht mehr angestellt sind. Diese Positionen und die folgenden werden genehmigt. Die Position Kreisgerichts-Direktoren giebt dem Abg. Bassenge Veranlassung, die Art des Verfahrens bei der Bewilligung von Lokalzulagen anzugehen. Es sei unrichtig, hierbei nur auf das Bevölkerungsverhältniß Rücksicht zu nehmen. Auch das Gehalt der Kreisgerichts-Direktoren ist zu niedrig bemessen und falsch normirt. Reg.-Komm. Geh. Rath Sydow: Eine Abänderung ist hier sehr schwierig, man wird es nie allein recht machen können. Im Jahre 1862 und 1863 sind die Gehälter der Direktoren um 28,000 M. gehoben worden. — Abg. Braun wünscht eine Erhöhung des Gehalts des Stadtgerichts-Direktors zu Berlin. Justizminister Graf z. Lippe bedauert, daß das bestehende Prinzip die Abweichung von dem bisher üblichen Uns nicht möglich mache. Abg. Holzappel befürwortet den Antrag des Abg. Braun aus eigener Erfahrung, da er früher diese Stellung bekleidete. (Der Minister des Innern ist in das Haus getreten.) — Abg. Graf Schwerin: Wir nehmen die Zeit des Hauses durch solche Diskussion unnötig in Anspruch. Das Verhältniß des hiesigen Stadtgerichtspräsidenten wird dem Justizminister bekannt sein.

Justizminister Graf z. Lippe: Ich habe es für jetzt noch nicht für geboten erachtet, eine Gehaltserhöhung für diese Stelle zu beantragen; die Verhältnisse sind mir bekannt. — Abg. Bassenge erwähnt eines Reskripts des Justizministers, junge Juristen aus der Provinz Posen nach anderen Provinzen zu versetzen und fragt, ob dasselbe noch bestehe. — Justizminister Graf z. Lippe: Die Maßregel war temporär, und ich behalte mir vor, sie zu ändern. — Abg. Kantat kommt auf seine Interpellation vom Jahre 1865 über denselben Gegenstand zurück.

Hiermit ist die General-Diskussion geschlossen und es wird zur Berathung über die einzelnen Positionen geschritten. Zu Titel 1 (Gerichts-

kosten) nimmt Abg. v. Foberbeck das Wort, um den Antrag Virchow's auf Vertagung der Beschlusfassung hierüber, bis der Gesetzentwurf auf Ermäßigung der Gerichtskosten erledigt ist, zu motiviren. Nachdem der Justizminister und Abg. Ewesten dagegen, v. Foberbeck nochmals dafür gesprochen, wird der Antrag Virchow abgelehnt und Tit. 1 genehmigt. — Tit. 2 wird ohne Debatte genehmigt; bei Tit. 3 (Strafen 240,000 M.) fragt Abg. John (Luban), weshalb man die Summe unter dem dreijährigen Durchschnitt gegriffen habe, worauf der Regierungs-Kommissar v. Sydow als Grund angiebt, daß man auf die Strafgelehrten nie mit Sicherheit rechnen könne. — Tit. 3 wird darauf genehmigt, ebenso Tit. 4 und 5 ohne Debatte. — Man kommt nunmehr zu den bauernden Ausgaben. Tit. 1, 2, 3, 4 und 5 werden ohne Debatte genehmigt. Zu Tit. 6 (persönliche Ausgaben für das Obergericht) erhält das Wort Abg. Ewesten: Für Hilfsarbeiter beim Obergericht sind 1000 Thlr. auf den Etat gesetzt. An dieses Institut der Hilfsarbeiter sind wir allerdings schon gewöhnt, selbst bei den höchsten Gerichten; in anderen Ländern ist dies unerhört, und es ist absolut unzulässig, weil es die ganze Rechtsgleichheit in Frage stellt und zum Schwanken bringt. Unserer Verfassung nach soll Recht gesprochen werden von lebenslänglich angestellten Richtern. Durch die Institution der Hilfsrichter wird aber die Verfassung illusorisch und das Recht von dem jeweiligen Justizminister abhängig. Für den Augenblick will ich von einem besondern Antrag auch auf Abschaffung der Hilfsrichter und Vermehrung der etatsmäßigen Stellen absehen, sowohl mit Rücksicht auf den Standpunkt des Justizministers selbst, als auf die Nothwendigkeit einer baldigen neuen Organisation unserer Gerichte. — Justizminister Graf z. Lippe erwidert, daß sich im Interesse des Publikums die Beschäftigung von Hilfsrichtern nicht umgehen lassen, wenn sich die Geschäfte zu sehr häufen. — Tit. 6 wird darauf angenommen, ebenso Tit. 7 ohne Debatte. Tit. 8 und 9 werden nach einiger Debatte ebenfalls angenommen, ebenso Tit. 10 bis 14. — Bei Tit. 15 (Post 8 kommt der Antrag Ebert, betr. die Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten, zur Debatte. Abg. Bassenge als Mit-Antragsteller begründet denselben. Die Luftpfeifen in diesen Subalternbeamten sei nicht, wie der Abg. v. Vinde gemeint habe, erst durch den Antrag Kleist-Sydow erweckt worden, sondern sie sei Ausdruck wirklichen Bedürfnisses, das von allen Seiten anerkannt worden. Man stelle an die Subalternbeamten nicht geringe Forderungen der Qualifikation und doch gelangten sie erst an der Schwelle des Greisenalters zu einem Gehalt von 5-600 Thlrn. Regierungs-Kommissar Sydow: Diese Beamtenliste ist keineswegs überflüssig, seit 1859 bis 1862 sind 138,000 Thlr. für sie angewendet, der Herr Minister hat die Zahl der etatsmäßig Angestellten vermehrt, die diätarisch Angestellten aufgebessert. Das soll auch ferner geschehen, aber bestimmte Zuschüsse können nach Lage der Sache nicht gegeben werden. — (Ein Vertagungs-Antrag, von Lünig gestellt, wird abgelehnt, die abendlichen Schatten (3½ Uhr) legen sich immer tiefer über das Haus, die Berathung nimmt ein fieberhaftes Tempo an. Bei Tit. 16 (Post 3 und 4 erklärt sich Abg. Bassenge gegen die Remuneration, welche bei dem Berliner Stadtgericht angeworben ist für die Kassenkuratoren und für die Monatsrichter der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Er fürchtet, daß hierin die Mittel gefunden werden könnten, politische Gesinnung zu machen.

Regierungs-Kommissar Sydow: Die Kassenkurat ist eine durch die Depositionsordnung von 1789 dem Richter aufgebürdete Last, die besonders in Berlin mit schwerer Verantwortung verbunden ist. Seit Jahren ist diese Remuneration bewilligt worden, von Beziehungen zur Politik ist dabei nicht die Rede. — Abg. Robben für die Remuneration an die Monatsrichter: Man solle sich das Bureau derselben und den fabrikmäßigen Geschäftsbetrieb daselbst einmal ansehen, um das Maß ihrer Verantwortung zu würdigen. Zu politischer Beeinflussung sei bei dem monatlichen Wechsel der Richter keine Veranlassung. — Die Positionen werden angenommen. — Bei Position 18 kommt der Antrag Bassenge zur Debatte, welcher den Salarien-Kassenkuratoren anstatt der Lantime, die sie vom Neprertrag der Gerichtskosten beziehen, eine feste Gehaltserhöhung bewilligen will. Der Antrag wird abgelehnt. Bei Tit. 18 (Friedens- und Handelsgerichte im Dep. Köln) regt Abg. Dr. Glaser die Errichtung eines zweiten Friedensgerichts im Bezirk Saarbrück an. Der Minister entgegnet, die Sache sei in Vorberathung, es handle sich nur um den Ort, wo das zweite Friedensgericht zu etablieren sei. — Abg. Gärtner fragt, wie es mit Einführung von Handelsgerichten in den östlichen Provinzen stehe? — Der Minister entgegnet, das hänge mit Einführung der neuen Prozessordnung zusammen. — Der Abend ist vollständig hereingebrochen, die Stenographenlampe erscheint wiederum. Ein neuer Vertagungs-Antrag wird abgelehnt. — Abg. Schmidt (Radow): Auf dieser Seite kann Niemand mehr eine Ziffer erkennen. — Präsident: Wir kommen zu Titel 21: Kriminalkosten. Dieser und der folgende und noch einige werden ohne Debatte in rascher Berlesung erledigt, bis das Ordinarium der Ausgaben des Etats vom Präsidenten für abgeschlossen erklärt und zugleich der Schluß der Sitzung (4½ Uhr) verkündet wird. Heute Sonnabend 10 Uhr soll das Extraordinarium dieses Etats, und dann der Etat des Ministeriums des Innern zur Berathung gelangen. Für nächsten Donnerstag nimmt der Präsident die Debatte der Annexionsvorlagen in Aussicht.

**Königsberg i. Pr., 29. November.** Die „Königsb. n. Ztg.“ schreibt: Für die hiesige Oberbürgermeisterstelle sind, nachdem Hr. Brecht in Duedlinburg abgelehnt, Geh. Regierungsrath Rißke, Geh. Finanzrath Burckhardt, Justizrath Jakob, Ober-Regierungsrath Boretius und der Bürgermeister von Danzig, Dr. Linz, in Vorschlag gebracht. Das Oberbürgermeistergehalt beabsichtigt man für die Zukunft auf 4000 Thlr. zu normiren.

**Königsberg, 29. November.** Magistrat und Stadtverordnete haben beschlossen, den kommandirenden General Vogel von Falkenstein nach seiner Ankunft durch eine Deputation zu begrüßen.

**Fulda, 29. November.** Die „Kass. Ztg.“ schreibt: Die dahier im Gange befindliche Jesuitenmission soll, dem Vernehmen nach, noch auf 14 Tage ausgedehnt werden. Der Zulauf weiblicher Zuhörerschaft ist ausnehmend stark, die geringere Zahl männlicher Zuhörer scheint sich mehr aus Neugierde einzufinden. Im Allgemeinen wird der ganze Vorgang wenig beachtet und würde wohl ganz unbeachtet bleiben, wenn nicht die jesuitische Rednergabe des Paters Roth die Zuhörer anlockte.

**Frankfurt a. M., 29. November.** Der Strombau-Direktor Nobiling aus Koblenz, der im Auftrage der preussischen Regierung behufs einer Korrektur des Mains das Strombett einer Untersuchung unterwirft, hat dieser Tage auch Einsicht von den Plänen genommen, welche behufs Einengung des Mains längs Sachsenhausen (gegenüber Frankfurt) und behufs der dort beabsichtigten Raibauten von hiesigen Ingenieuren schon vor der Einverleibung verfertigt worden sind. Dieselben sind von ihm durchaus gebilligt worden, und dieses ist gewiß ehrenvoll für unsere Ingenieure, da die Billigung von einer solchen Autorität erfolgt ist. Demnach dürfte nun die Hoffnung auf baldige Ausführung der längst projektirten Raibauten eine gegründete sein.

**Schwerin**, 29. November. Der diesjährige ordentliche Landtag ist gestern in Malchin in gewöhnlicher Weise eröffnet. Als Landtagskommissionen fungiren schwerinscher Seits der Finanzminister von Levegow und der Oberhofmarschall v. Bülow.

**Leipzig**, 29. November. Die Nachrichten aus Tübingen bezüglich des Professors Pauli haben in den hiesigen akademischen Kreisen nicht eine gewöhnliche Sensation erregt. Der neueste und sprechendste Ausdruck der unter einem großen Theil der hiesigen Dozenten herrschenden Stimmung ist der soeben gefasste Beschluß einer Anzahl unserer berühmtesten Professoren: einen Aufruf zu Sammlungen von Beiträgen zur Gründung eines Fonds zu erlassen, mit dessen Hilfe es möglich würde, dem aus seinem Tübingen Lehramt vertriebenen Pauli ein sorgenfreies Leben wenigstens bis dahin zu verschaffen, wo, wie mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, demselben ein neuer Wirkungskreis auf einer norddeutschen Hochschule eröffnet. Zu diesem Beschlusse haben sich Männer wie Albrecht (der alte Göttinger von 1837), Mitsch, Overbeck, Zarnde, Brodhaus, Ludwig u. A. vereinigt.

**Bauken**, 28. November. Vorgestern Abend 6 Uhr brach unter der Dachung des südlichen Flügels der gegenwärtig mit R. preussischem Militär belegten Kaserne Feuer aus. Dasselbe wurde zwar bald wieder gelöscht; der Ort der Entstehung, der sonst für Niemand zugänglich, und der Umstand, daß das Feuer Anfangs mit bedeutender Heftigkeit um sich griff, lassen indessen den Verdacht einer Brandstiftung nicht fern liegen. — Die Stimmung des Militärs, welches schon kürzlich durch Ungehörlichkeiten der untern Bevölkerungsgelassen, namentlich in der benachbarten Seibau, mehrfach belästigt worden war, ist in Folge dessen eine sehr erregte. Es ist dringend zu wünschen, daß die Behörden die Veranlasser solcher Ungehörlichkeiten, welche auch schon in anderen sächsischen Städten zu Konflikten zwischen Militär und Civil geführt haben, energisch bestrafen.

#### Ausland.

**Paris**, 28. November. In der gestern zu Compiègne von der Militär-Kommission abgehaltenen Sitzung soll, wie ich bereits als wahrscheinlich bezeichnete, der vom General Allard ausgearbeitete Gesetzentwurf verlesen worden sein. Ueber die Basis des Entwurfs selbst behaupten unsere Blätter, daß die Militär-Kommission der öffentlichen Meinung möglichst Rechnung getragen und eine radikale Umgestaltung der bisherigen Militär-Dienstverhältnisse vermieden habe. Im Ganzen seien die augenblicklich herrschenden Prinzipien beibehalten und nur eine Vermehrung des Effectivbestandes und einige Modifikationen für die Reserve vorgesehen. Die Dienstzeit werde auf sechs Jahre herabgesetzt werden; die jährlichen Aushebungen sich auf 160,000 Mann belaufen, wovon die eine Hälfte dem Effectiv-Bestande, die andere Hälfte der Reserve zugewiesen würde. Der Armeebestand würde sich in dieser Weise bis auf 960,000 Mann erhöhen lassen.

— Die „Patrie“ konstatirt in einem wohlgeschriebenen Artikel das patriotische Verhalten der venetianischen Bischöfe mit dem fanatischen Geschrei ihrer französischen Kollegen über die liberale Bewegung, die sich jetzt in Italien vollzieht. Die zelotischen Hirtenbriefe der französischen Prälaten, in denen Niemand anders als der Kaiser wegen der Räumung Roms demüthigt wird, mehrten sich mit jedem Tage. Das neueste Faktum der Art ist ein Brief des Erzbischofs Bonnehofe von Rouen.

— Die berühmte Antikes-Legion ist zwar in Frankreich gewonnen, steht aber bekanntlich unter päpstlichem Befehl, und Deserteurs aus derselben können daher, nach französischem Gesetz, nicht in Frankreich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Unlängst waren nun einige dreißig solcher Leute in Marseille angekommen. Die Franzosen unter ihnen wurden alsbald, ohne weitere Prozedur, nach Afrika expedirt, die Nichtfranzosen aber sogleich auf freien Fuß gesetzt.

**London**, 28. November. Der „Herald“ ist ermächtigt, mitzutheilen, daß der Gesandte der Vereinigten Staaten in England neuerlich die Frage wegen der Alabama-Forderungen in versöhnlichem und freundlichstem Tone wieder zur Sprache gebracht habe. Das Kabinet beschäftigte sich mit Erwägung der Angelegenheit.

— Die Feniers-Verschwörung fängt an die öffentliche Meinung sehr ernstlich zu beunruhigen. Man weiß zwar nicht, wie viel von den Berichten aus Irland Wahrheit oder Dichtung ist. Die celtische Einbildungskraft ist bekanntlich heiß und fruchtbar; Grund zur Uebertreibung haben auch viele Leute in Cork und Galway, in Wexford und Dublin; denn jeder irische Hafen schämt sich glücklich, wenn er ein Kriegsschiff als Kunden hat, und jede irische Stadt steht ihre Kasernen gern mit durstigen Soldaten gefüllt; aber daß es auf mehreren Punkten der grünen Insel von verdächtigen Leuten wimmelt, die aus Amerika ohne geschäftlichen Zweck zurückgekehrt sind, und daß es an hundert andern unheimlichen Symptomen nicht fehlt, leidet keinen Zweifel.

#### Vommern.

**Stettin**, 1. Dezember. Der hiesige Magistrat hat an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß die für die Einquartierung gewährten Ersätze angemessen erhöht und daß die im §. 103 der Militär-Ersatz-Instruktion von 1858 niedergelegte Verpflichtung der Gemeinden gesetzlich geregelt und bis dahin die Gemeinden gegen ungerechtfertigte Exekutionen der Staatsbehörden geschützt werden.

— Der Schiffsverkehrsverkehr in unserm Hafen war ungeachtet der vorgerückten Jahreszeit während des verflossenen Monats noch ziemlich lebhaft. Als eingekommen sind amtlich gemeldet: 213 Seeschiffe, 245 Küstenfahrzeuge, 604 Rähne. Nur durchgefahren, ohne hier zu löschen oder zu laden, sind 94 Rähne, so daß die Gesamtzahl sämmtlicher hier eingekommenen Fahrzeuge 1156 betrug. Von denselben waren 251 mit Getreide beladen, welche 3055½ Wipl. Weizen, 518 Wipl. Roggen, 5836 Wipl. Gerste, 557 Wipl. Hafer, 42½ Wipl. Erbsen, 405 Wipl. Rüben und 12 Wipl. Leinsaat einfuhrten. Außerdem kamen noch in 29 Rähnen 617½ Wipl. Kartoffeln an.

— Der Polizeirath Priemer hat sich vorgestern nach seinem neuen Bestimmungsorte Breslau begeben. Sein Nachfolger, der Assessor Horn aus Königsberg, ist, wie wir erfahren, in Folge eingetretener Krankheit hier bisher noch nicht eingetroffen, indessen wird sein Eintreffen binnen einigen Tagen erwartet.

— (N. St. Z.) Dem hiesigen Kreisgerichte ist, wie wir hören, pr. Briefkasten ein von der Hand des flüchtigen Kaufmanns

Eduard Wellmann geschriebener Brief ohne Datum und Ortsbezeichnung zugekommen, in welchem derselbe schreibt, daß er nicht etwa aus dem Gefängnisse entflohen sei, weil er sich schuldig fühle, sondern weil ihm die Untersuchungs-Einzelhaft so unerträglich geworden sei, daß er befürchtet, bei längerer Dauer den Verstand zu verlieren. Im Uebrigen fühle er sich so gänzlich frei von Schuld, daß er sich, falls zur Verhandlung seiner Sache Termin angesetzt sei, sofort dazu stellen werde, sobald er die Ueberzeugung erlange, daß nicht etwa durch Ausbleiben eines Zeugen eine abermalige Verurteilung notwendig werde, was ihm eine abermalige Untersuchungs-haft zuziehen würde. Das Kontumazialverfahren wider W. dürfte erst im Frühjahr stattfinden, da die Ediktalladungsfrist bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode noch nicht abgelaufen ist.

— In der verflossenen Nacht wurde auf der Landstraße ein unbekannter total betrunkenen Mensch auf der Straße liegend gefunden und zum Polizeigewahrsam eingeliefert.

— Der Bürgermeister und Hauptmann a. D. Winkelmann in Jacobshagen ist zum ordentlichen Polizei-Anwalte im Bezirk der beiden königlichen Kreisgerichts-Kommissionen daselbst, jedoch mit Ausschuß der in Freienwalde abzuhaltenden Gerichtstage, sowie zum Substituten des Forst-Polizei-Anwalts, königlichen Oberförsters Schmalz zu Jacobshagen vom 1. Dezember cr. ab kommissarisch und widerruflich ernannt worden.

— Der Schulamts-Kandidat Weinholz ist zum Konrektor und zweiten Lehrer an der Stadtschule in Pölitz ernannt.

— Dem Küster und Lehrer Neumann in Gersow ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Die feste Anstellung des Lehrers Berthold Schwan z aus Hohn als Lehrer an der Gymnasial-Vorschule zu Pyritz ist bestätigt worden. In Gollnow ist der Lehrer Karl Theodor Julius Hermann Har der fest angestellt.

— Der bisherige Bürgermeister Unrau ist zum Bürgermeister der Stadt Wangerin auf fernere zwölf Jahre gewählt und bestätigt worden.

— Der zum Pastor der Pfarthe Gienow, Synode Labes, erwählte Predigtamts-Kandidat Martin ist in das ihm verliehene Pfarramt eingeführt worden. Der bisherige Diakonus und Rektor Steffen zu Garz a. N. ist zum Diakonus an der St. Marienkirche zu Anclam erwählt.

— Die Pfarre in Volkenhagen, Synode Wolgast, Privat-Patronats, zu welcher eine Kirche und zwei Schulen gehören, ist durch Todesfall erledigt und zum 1. Januar 1866 wieder zu besetzen.

— Nach einer Haupt-Uebersicht des Stettiner Regierungs-Amtesblattes über den Vermögens-Zustand der Elementar-Schullehrer-Wittwen-Anstalt des Regierungsbezirks Stettin im Jahre 1865 betragen die Gesamt-Einnahmen dieser Anstalt im Laufe des Jahres 125,457 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf., die Gesamt-Ausgaben 26,580 Thlr. 1 Pf., so daß sich ein Bestand von 98,877 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf. ergab.

**Wangerin**, 30. November. Gestern Abend zwischen acht und neun Uhr wurde dem früheren Bürgermeister, dessen Wiederwahl in letzter Stunde noch bestätigt ist, ein großes Ständchen von seinen früheren Freunden gebracht zur Feier seiner so eben erfolgten Einführung.

++ **Lauenburg**, 28. November. Gestern fand hier die feierliche Einweihung der neuen evangelischen Kirche statt. Um 9 Uhr Morgens versammelte sich die Gemeinde zum letzten Male in den ärmlichen und bedrängten Räumen im oberen Stock des Rathhauses, die weit über 200 Jahre als Nothkirche hatten dienen müssen, da bei dem Anfall der Lande Lauenburg und Bülow an die Krone Polen die Lauenburger Stadtkirche der schon überwiegend evangelisch gewordenen Gemeinde entziffen und der katholischen Minderzahl gegeben worden war, bei dem Uebergange derselben an Preußen hierin alles ungeändert blieb. Nach dem Gesänge: „Bis hierher hat uns Gott gebracht“, sprach der Superintendent der Lauenburger Synode, Dr. Thym, das Abschiedsgebet im Altar, das mit einem letzten Vaterunser im Gotteshause auf den Knieen schloß. Sodann ordnete sich auf dem Marktplatz der Festzug und setzte sich nach der nur durch eine kurze Straße davon getrennten neuen Kirche in Bewegung. Voran zog die Schulanfänger, einen Choral singend, dann folgte der Gemeindeführer, dessen einzelne Mitglieder die Altarbibel, das Crucifix und die heiligen Gefäße trugen, der Magistrat als Patron, und diesem der General-Superintendent Dr. Jaspiß, welcher aus Stettin zur Vollziehung der Weihe herbeigekommen war, gefolgt von den Geistlichen der Synode Lauenburg, die fast alle erschienen waren, nach diesen die Gemeindeglieder und fremden Festgenossen in langen, dichtgedrängten Scharen. Als man bei der Hauptthür der neuen Kirche angelangt war, wurde Halt gemacht und die übliche Ceremonie der Schlüsselübergabe vorgenommen. Der Baumeister Friße, der sich den Kirchenbau sehr hatte angelegen sein lassen, dankte Allen, die nächst Gott den Bau gefördert haben, bedachte auch des verstorbenen Oberbauraths Stüler, der den Entwurf gezeichnet hatte, und überreichte den Kirchenschlüssel dem Bürgermeister. Dieser übergab denselben dem General-Superintendenten, welcher mit Nachdruck den christlichen Glauben an den Gottmenschen, die Kirche des reinen Worts und reinen Sacraments betonte und zuletzt von der verschlossenen Pforte der Kirche auf die Pforte des Himmels hinwies, die sich Keiner verschließen möge. Aus seiner Hand empfing sodann der Ortspastor den Kirchenschlüssel und öffnete die Kirchenthür. Sobald die Pforten sich aufthaten, strömte die um Plätze besorgte Menge in die schönen Zellen des neubauten Heiligtums. „Zeuch ein zu deinen Thoren“ war das erste Lied, welches in ihnen ertönte. Dann trat der General-Superintendent mit dem Ortspastor zur Rechten, dem Superintendenten zur Linken vor den Altar, während die übrigen Geistlichen sich zu beiden Seiten des Altars aufstellten, um die Weihe zu vollziehen. Seine Weihe hatte zum Texte das Adventswort: „Komm herein, du Gesegneter des Herrn, warum stehst du draußen! Ich habe dir das Haus geräumt.“ Sie war ernsthaft und tief eindringend. Ihr folgte der eigentliche Weiheakt und danach das Weihegebet, bei dem Alle niederknieten. Nun fiel mit voller Kraft die von Grüneberg aus Stettin erbaute und gestern von Marcell aus Danzig gespielte neue Orgel ein, um den Choral: „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ zu begleiten. Dann folgte die Liturgie. Der zahlreiche Sängerkhor, welcher dabei unter der Leitung des Cantors Klein respondirte, sang recht

gut. Nach Absingung des Hauptliedes bestieg der Ortspastor die Kanzel und hielt die Weihepredigt. Nach derselben wurde noch die Geschichte des Kirchenbaus mitgetheilt, der, beläufig, 38,000 Thlr. gekostet hat, wovon 9000 Thlr. durch die königliche Gnade hergegeben worden sind. Schließlich folgten noch Taufen und ein Festhymnus, den der Hülfsgeistliche des Ortes gebichtet hatte, und endete die Feier Nachmittags um 1½ Uhr, nachdem sie 6 Stunden gedauert hatte.

#### Neueste Nachrichten.

**Marienwerder**, 30. November, Nachmittags. Bei der heute stattgefundenen Nachwahl zum Abgeordnetenhaus für den Marienwerder-Stuhmer Wahlkreis ist, an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten John, der Gutbesitzer Kurtius auf Altjahn gewählt worden.

**Deßau**, 30. November, Nachmittags 5 Uhr. Der König, die königlichen Prinzen und die übrigen Gäste wohnten heute der Jagd bei Mostkau bei und sind so eben von dort zurückgekehrt. Heute Abend werden der König und die königlichen Prinzen das Theater besuchen und sodann per Extrazug nach Berlin zurückkehren.

**Dresden**, 30. November, Nachm. Nach der heutigen „Constitutionellen Zeitung“ sind einige noch bestehende Differenzen zwischen Preußen und Sachsen über den Friedensvertrag dadurch erledigt, daß Sachsen seine Ansprüche fallen läßt. Die Mission des Herrn v. Wurmb ist nunmehr beendet.

**Koburg**, 30. November. Der Gesamtlandtag hat in seiner heutigen Sitzung das Reichswahlgesetz mit allen gegen eine Stimme und einen Zusatz-Paragraphen, die Diäten betreffend, bei namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Staatsregierung erklärte, sie könne das Wahlgesetz mit dem Zusatz nicht publiziren, da sie vertragsmäßig gebunden sei. Ueber die Diätenfrage werde am 15. Dezember in Berlin verhandelt werden. Das Reichswahlgesetz werde daher hier dem genehmigten Bundesreformvertrag gemäß, auf dem Verordnungswege publizirt werden.

**Wien**, 30. November. Die „Generalkorrespondenz“ enthält in ihrer französischen Ausgabe einen Artikel gegenüber gewissen Korrespondenzen, in welchen die galizischen Behörden der Mitschuld an den von der polnischen Emigration gegen Rußland gerichteten Umtrieben angeschuldigt werden, und sagt: Möglich ist, wiewohl man in unseren offiziellen Kreisen davon keine Kenntniß hat, daß sich hier und da in Galizien Tendenzen kundgeben, welche die österreichische Regierung ebenso wie jede andere beklagt. Aber nicht hierin ist die Hauptursache des Uebels zu suchen. Jede Regierung kann und muß es sorgfältig vermeiden, selbst eine Agitation auf fremdem Gebiete zu ermutigen. In dieser Beziehung hat Oesterreich ein vollständig reines Gewissen. Könnte man dasselbe von den anderen Regierungen sagen! Man würde bald die Agitation, deren offenkundiger Zweck es ist, an das Bestehen einer galizischen Frage glauben zu machen, verschwinden sehen. — Eine solche Frage existirt nicht, und die Regierung wird geeignete Maßregeln zu ergreifen wissen, um zu verhindern, daß diese Frage jemals wieder aufsteige.

**Florenz**, 30. November. General Fleury wird sich demnächst von hier nach Rom begeben. Einer Mittheilung der „Nazione“ zufolge ist die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, bezüglich einer Mission Vegeszi's nach Rom, verfrüht. Es ist über diese Angelegenheit, wie die „Nazione“ meint, noch Nichts entschieden.

**Paris**, 30. November, Abends. In dem Prozesse des preussischen Völkchters gegen das „Mémorial diplomatique“ sind der Gerant Dubry und der Unterzeichner des inkriminirten Artikels Boutet, jeder zu einem Monat Gefängniß und 10 Franks Geldstrafe verurtheilt worden. Ungeachtet der Verzichtleistung des Klägers wurde auch der Drucker Dubuiffon zu 100 Franks Geldstrafe verurtheilt.

**Petersburg**, 30. November, Nachmittags. Der hiesige preussische Gesandte, Graf Redern, hat vorgestern dem Kaiser sein Abberufungsschreiben überreicht.

**Odessa**, 30. November. Nachrichten aus Konstantinopel vom 27. d. melden, daß Koroneos den östlichen Theil von Kandia besetzt hält. Die Freiwilligen von Selimnos und die Sphakioten beharren in ihrer festen Stellung. Die Verstärkung der türkischen Truppen dauert noch fort.

#### Schiffsberichte.

**Swinemünde**, 30. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Concordia, Anderson von Pernau. Baron Hambro (SD), Samshaw von Hull. Wind: D. 23 Schiffe ausgehnd und 1 Dampfer.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin**, 1. Dezember. Witterung: bewölkt. Temperatur — 1° R. Wind SD.

##### An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85 Pfd. gelber 78—83 R bez., geringer blaupigiger 72 R bez., 83—85 Pfd. gelber Dezember 82½, 81½ R bez., 82 Ob., Frühjahr 84, 83½ R bez. u. Ob.  
Roggen anfangs höher, schließt matter, pr. 2000 Pfd. loco 52, 55½ R bez., Dezember u. Januar 55, 54½ R bez. u. Br., Frühjahr 53½, 1/4 R bez., 53½ Br., Mai-Juni 53½ R Ob., Juni-Juli 54½ R Ob.  
Gerste und Hafer ohne Umsatz.  
Winterrapps loco 91½ R bez.  
Rab 81 wenig verändert, loco 12½ R Br., Dezember 12½, 1/4 R bez. u. Ob., Dezember-Januar 12½ R Br., April 12½ R Br.  
Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16½, 1/2 R bez., Dezember 16½, 1/2 R bez., 1/2 R bez., Januar 16½ R Br., Februar 16½ R Br., Frühjahr 16½ R Ob., 16½ R Br.  
Angemeldet: 100 Wipl. Roggen, 200 Centner Rübsöl.

##### Landmarkt.

Weizen 76—84 R, Roggen 55—58 R, Gerste 46—50 R, Erbsen 54—60 R per 25 Schfl., Hafer 27—30 R per 26 Schfl., Stroh. pr. Schock 6—8 R, Heu pr. Ctr. 16—20 R.